

Annahme-Bureau. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Mili & Co. Breitestraße 14. in Gnesen bei Ch. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in L. efery bei Jh. Matthias.

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Dunke & Co. Haasenklein & Pogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Götting beim „Invalidentank“.

Nr. 497.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 25 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 19. Juli.

Inserate 20 Pf. die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reclamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Politische Uebersicht.

Posen, den 19. Juli.

Die Ankunft deutscher Beamten und Offiziere in Konstantinopel, deren Ueberlassung vom Sultan erbeten worden ist, erregt große Sensation. Die „Polit. Korresp.“ schreibt über das Ereigniß:

Es benützt sich nicht nur, daß der Sultan von der deutschen Regierung die Entsendung einer finanziellen Kommissiön zur Regelung der türkischen Finanzen erbeten habe, sondern es handelt sich um die förmliche Delegation einer aus 12 Mitgliedern bestehenden militärisch-administrativen Kommission, welche der Sultan in Berlin angefordert haben soll. Alle Mitglieder der fraglichen Kommission, sowohl Offiziere wie Zivilfunktionäre sollen direkt dem Sultan untergeben.

Zu derselben Angelegenheit meldet man der „Times“ unter dem 13. d. aus Konstantinopel:

„Die Diplomaten und Finanzmänner Konstantinopels sind einigermaßen überrascht worden durch das plötzliche Erscheinen einer Anzahl deutscher Beamten, welche vom Berliner Kabinett empfohlen, hier eingetroffen sind, um eine radikale Reform der türkischen Finanzadministration zu unternehmen. Die Sache wurde insofern dem Grafen Hayfald, dem deutschen Botschafter, arrangirt, ohne daß er seine Kollegen etwas von derselben wissen ließ. Derselbe ist insofern wichtig, als sie den Beweis liefert, daß der Sultan die verzeufelte Finanzlage des Reiches erkennt und die Zeit für gekommen erachtet, um etwas zur Verbesserung der Ernennung der viel gesüchteten internationalen Kommissionen zu thun. Daß er sich dabei gerade an Deutschland gewendet und nicht an eine andere Macht, ist nicht ohne Bedeutung. Schon seit einiger Zeit hat die Idee, daß Deutschland von der europäischen Koalition getrennt werden könnte, im Palaste Anschlag gefunden, und wird eine türkisch-deutsche Allianz, so lächerlich sich ein Ding auch einem westlichen Staatsmanne erdienen dürfte, von gewissen hiesigen Politikern als eine politische Möglichkeit der unmittelbaren Zukunft betrachtet.

Es ist selbstverständlich, daß wir mit der Reproduktion des letzten Satzes weiter nichts beabsichtigen, als das Stimmungsbild, welches der konstantinopeler „Times“-Korrespondent hiermit giebt, unverkürzt und unverhüllt unseren Lesern zuzuführen.

Das Nationalfest in Paris, so schreibt die „N. Z.“, das soeben mit Glanz und Begeisterung begangen worden, regt zu allerlei Betrachtungen und Vergleichen an. In einem vorzugsweise militärischen Feste hat diese eigenartige Republik Boden gefunden, auf dem alle Parteien gemeinsame Bezugspunkte erkennen. Auch diejenigen, die einem republikanischen Nationalfest an sich keine Sympathien entgegenbringen können, die monarchistischen Parteien, die Ultramontanen, die Kommunisten, haben sich doch der feindseligen Demonstrationen im Ganzen enthalten, und so mag Frankreich mit Befriedigung auf dieses glänzende und ohne Störung verlaufene Fest zurückblicken. Wir möchten daraus keinen Schluß auf die Festigkeit der Republik gegen die Feindseligkeiten von rechts und namentlich von links ziehen; immerhin aber darf anerkannt werden, daß das französische Volk auch in seinen extremsten Parteien mehr Taft und Patriotismus bewiesen hat, als es leider bei uns mitunter der Fall zu sein pflegt. Es nähern sich gerade jetzt wieder unsere großen nationalen Gedenktage in zehnjähriger Wiederkehr, insbesondere der zum Mittelpunkt dieser Gedenktage erhobene Sedantag. Wer hat nicht noch in jedem Jahre Aergerniß daran nehmen müssen, wie geringschätzig Ultramontane und Sozialdemokraten über solche patriotische Feste sich bei uns äußerten, wie feindselig sie denselben gegenüberstanden, wie erfolgreich sie bemüht waren, ihren Anhängern die Theilnahme daran zu verleiden. Und auch diejenigen, die unsern patriotischen Festen an sich nicht entgegen sind, die aber in der augenblicklich herrschenden politischen Ver Stimmung und dem überhandnehmenden Pessimismus die Zeit für nationale Gedenktage nicht geeignet halten, könnten sich an der patriotischen Begeisterung in Paris ein Muster nehmen. Es mag ja Vielen Vieles in unserm politischen Leben gegenwärtig nicht gefallen, man darf aber darum sich doch die freudige Erinnerung an die schönen und dauernden Errungenschaften des großen Jahres 1870 nicht vergällen lassen.

In dem neuesten Hefte der „Revue des deux mondes“ findet sich die Fortsetzung eines Artikels über Elsaß-Lothringen. Der Artikel fließt über von den rohesten und cynischsten Beleidigungen gegen Deutschland und Deutschthum; das Bemerkenswerteste daran scheint uns, daß ein so angesehenes und gemäßigtes Organ, wie die „Revue des deux mondes“, es bereits wieder für zeitgemäß hält, einen solchen Ton gegen Deutschland anzuschlagen. Der nahezu wahnsinnige Haß, der hier seine Orgien feiert, weist auf einen in Elsaß-Lothringen lebenden Franzosen hin, der den Boden unter seinen Füßen schwinden sieht. Wir wollen eins der milderen Urtheile herausgreifen, die in dem Artikel über Deutschland von der „Revue“ abgegeben werden.

„Deutschland, heißt es, bietet immer und noch die Elemente einer Race ohne Zusammenhang und ohne Individualität dar; es bildet ein großes Ganze voll Leben, wir gestehen es zu, vor Allem fruchtbar, aber politisch tonlos und chaotisch, ohne Selbstbewußtsein und ohne Nervensystem. Eine wahre Völkermutter nach dem Ausdruck, den Tormandes im sechsten Jahrhundert auf die Gothen anwandte, ist die deutsche Race unter allen zivilisirten Völkern die einzige, von der man ungestraft und auf gut Glück einen Zweig abbrechen kann, um ihn wo anders hin zu verpflanzen, ohne daß das Ganze irgend davon betroffen

wird, und mit um so größeren Aussichten auf Erfolg, als jede Gruppe von Deutschen noch genug Krämer, Schullehrer und ihre Mutterpflichten exerzirende Weiber enthält, um ein neues Zentrum oder eine lebensfähige Kolonie herzustellen. Mit andern Worten, zum Berth gelangt der Deutsche nur, wenn man ihn anderen Völkern zuschüttet (employé en coupage).“

Es ist schwer, die Polenz weiter zu treiben, die „Revue“ gründet jedoch auf diese frechen Redensarten ein vollständiges System, indem sie sich darauf beruft, die Deutschen im Elsaß erst auf ihren Berth gebracht zu haben. „Der Cresser, heißt es, ist zu einem wahren Metis geworden, und da er die traurige Uebelnehmerei des Deutschen verloren hat, so ist er noch nicht einmal ärgerlich darüber geworden, wenn er von den Franzosen als Narr des Hauses (bardot de la maison) behandelt wird; denn wie wenig man auch immer sei, es ist doch immer etwas, einem guten Hause angegehört.“ Ob diese Wendungen geeignet sind, den Reichsländern besondere Freude zu machen, bezweifeln wir; charakteristisch für den unglaublichen Dünkel, der in dem Artikelshreiber steckt, ist, daß er denselben selbst denen gegenüber nicht zurückhalten kann, auf deren Sympathien er spekulirt.

Die „Germania“ macht zu Herrn v. Sybels vielen erwählten Schreiben folgende, unsere Ausstellungen an demselben lediglich bestätigende Bemerkungen:

„In der stillen Zeit, die unter dem Zeichen des Hundes steht, ist es viel leichter, als sonst, die unbeschäftigte öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Herr v. Sybel, dessen Stern in den letzten Jahren mit trauriger Beharrlichkeit sich des Sinkens befleißt, hat einen günstigen Augenblick gewählt, um einen effektvollen Abgang von der parlamentarischen Bühne zu gewinnen. Er legt sein Mandat für Magdeburg nieder und verabschiedet sich von seinen rheinischen Freunden mit einem Promemoria über die kirchenpolitische Frage, welches dem Staate eine gründliche Frontveränderung im „Kulturkampf“ anrät. Statt des falschen Präventivsystems, das Herr v. Sybel als durchaus verunglückt bezeichnet, will er ein Repressivsystem einführen, eine Garnitur von staatlichen Nachmitteln gegen mißliebige geistliche Personen oder Handlungen der Kirchenbehörden; der Staat soll sich auf die Grenzen seiner materiellen Macht besinnen, auf das Unmögliche, die Erzwingung einer positiven Handlung, verzichten und mit ganzer Kraft sich auf die Verbindung des ihm Unangenehmen werfen. Ohne in den Streit, ob dieser Vorschlag ein wirkliches oder bloß ein Adoptivkind des Sybelschen Geistes sei, an dieser Stelle einzutreten, müssen wir doch gestehen, daß der Plan uns dem Charakter und den Gewohnheiten des Reichskanzlers mehr konform erscheint, als die von dem Fleiß und dem Saße der falschen Kanonisten ausgetüftelten Paragrapheen der jetzigen Maigesetze. Unverkennbar hat das Projekt der „diskretionären Vollmacht“ eine gewisse Verwandtschaft mit dem Vorschlage Sybels; beide kommen darauf hinaus, der Kirche einen Schein von Freiheit unter dem Damoclesschwert zu gewähren, die für den Staat unnützlich oder gar gefährlichen Konflikte rein formellen Charakters zu beseitigen zu Gunsten eines laisses aller, bei dem der Staat sich die Verantwortung vorbehält, in allen Konflikten von wirklichem Werth seine ganzen frischen Gewaltmittel in die Waagschale zu werfen. Wir können unsferertheils den Vorschlag Sybels mit objektiver Ruhe beurtheilen; sein System hätte uns vielleicht gefährlich werden können, wenn es im Jahre 1872 aufgetaucht wäre; aber jetzt nachdem der „Kulturkampf“ von sieben langen Jahren die Katholiken bis zu der letzten Hölle des entlegensten Dorfes aufgerüttelt und aufgefllärt hat, jetzt fürchten wir weder Präventiv- noch Repressivsysteme. Und von diesem gewissermaßen unparteiischen Standpunkte müssen wir gestehen, daß das Projekt des Herrn v. Sybel die reise Ausgestaltung des Vollmachtsgebekens ist, welcher der Maigesetzgebung einen verhältnismäßig anfälligen Rückzug sichern könnte. Es wäre ein Rückzug im vollsten Sinne des Wortes; denn der Staat legte dadurch dasselbe Geständnis ab, wie Herr v. Sybel in seinem Schreiben, daß die Maigesetzgebung nicht allein ungerecht, sondern auch unpraktisch ist; aber der Rückzug wird den guten Schein wahren, indem die pomphaft klingenden Repressivparagrapheen die Leiden der Anzeigepflicht, des Kulturregiments und des neuen Homagialeides verdecken. Es würde mit diesem System kein wahrer, solider und dauerhafter Friede, ja nicht einmal ein friedlicher modus vivendi begründet werden; es wäre im Grunde die Verewigung des Kampfes mit vergrößerten Distanzen und verminderten Gefekten. Wenn wir trotzdem dieses neue kirchenpolitische System nicht fürchten, so hat das vorzüglich in der Erfahrung seinen Grund, daß ein solcher „Kulturkampf“ der gelegentlichen Preßfreiheit bald in einer gewissen Capua- Stimmung einschläft, falls Geschicklichkeit oder Glück es verhindert, daß durch jeweilige Konflikte dem Kriegseifer Nahrung zugeführt wird. Im Uebrigen ist es nicht unsere Sache, den „Kulturkämpfern“ ein Gutachten über ihre Pläne zu liefern; wir werden abwarten, was sie beschließen, und demgemäß unsere Stellung nehmen. Bisher haben wir noch keinen Grund zu der Annahme, daß die Kinder der Welt gerade immer und ausnahmslos klüger sind, als die Kinder des Lichtes.“

Die Bewegung um Herabminderung der Gerichtskosten nimmt nachgerade eine Stärke und Intensität an, welche die vollste Beachtung hervorrufen muß. Wo immer in den verschiedenartigsten Versammlungen, Handelskammerberichten und dergleichen unsere öffentlichen Zustände auf wirtschaftlichem Gebiet beleuchtet werden, ertönen die lebhaftesten Klagen über die übermäßige Höhe der Sätze des Gerichtskostengesetzes. Es wird allgemein mit Recht hervorgehoben, daß durch die übermäßige Vertheuerung des Rechtssuchens geradezu eine Rechtsunsicherheit einzureizen drohe. Diese Bewegung ist im Gegensatz zu manchen andern durchaus keine künstlich gemachte und mühsam unterhaltene Agitation, sondern sie entspringt thatsächlichen, sehr empfindlich fühlbaren Uebelständen und wird darum nicht erlöschern, ehe sie ihr Ziel erreicht hat. Sie ist auch keineswegs eine Parteisache, an der Rechtsicherheit und Wohlfeilheit der Justiz hat Jedermann ein gleiches Interesse. Wenn hier und da versucht wird, auch aus dieser Frage Kapital in Parteinteresse

zu schlagen, so ist dies nur ein Beweis, wie die Fähigkeit bei uns immer mehr verloren geht, praktische Fragen sachlich und unbefangenen zu erörtern. Als am 28. April d. J. der Antrag des Abg. Klotz betreffs Ermittelungen über den Gerichtskosten-tarif im Reichstag zur Verhandlung kam, haben die Redner sämmtlicher Parteien die Berechtigung der diesbezüglichen Klagen anerkannt und der Antrag ist nahezu einstimmig angenommen worden. Ob man inzwischen im Reichsjustizamte der Frage näher getreten, ist bisher nicht bekannt geworden. Entschlagen wird sich aber die genannte Beförde dieser Pflicht nicht länger dürfen, die Sache ist vollkommen spruchreif und der praktischen Erfahrungs liegen übergenug vor. Wir hoffen, die Revision dieses Gesetzes wird auch von Seiten der Regierung als eine der dringendsten gesetzgeberischen Aufgaben betrachtet werden. Wir erinnern an die Aeußerungen, mit denen bei der ersten Berathung des Gesetzentwurfs der damalige Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Frieberg die Vorlage einführte. Er nannte sie ein Experiment, das unter den aller schwierigsten Verhältnissen an gestellt werde, um eine Einigung in dieser höchst verwickelten Materie herbeizuführen. Er führte an, daß es sich darum gehandelt hätte, an die Stelle von 67 verschiedenen Gebührensordnungen, die im deutschen Reiche Platz griffen, ein einheitliches Gebührensystem einzuführen, und daß die Schwierigkeit dadurch erhöht worden wäre, daß die finanzielle Lage der einzelnen Staaten es unter keinen Umständen gestatten würde, die Einkünfte aus den Gerichtssporteln herunterzusenken zu lassen unter diejenigen Einnahmen, die bis dahin aus den Gerichtsgebühren in die Staatskassen geflossen waren. Er hob hervor, daß es absolut nothwendig gewesen wäre, um den Wünschen der vereinigten Regierungen nachzukommen, die Gebührensätze nicht zu niedrig zu greifen; es würde ja später leicht möglich sein und gewiß die Zustimmung des Reichstags erhalten, wenn diese Gebührensätze sich in der Praxis als zu hoch herausstellten, demnächst eine Ermäßigung unter Zustimmung des Reichstags herbeizuführen zu können. — Der fiskalische Gesichtspunkt kam, wenn das Rechtsbewußtsein des Volkes in Gefahr steht, geschädigt zu werden, gewiß nicht allzu schwer wiegen; überdies wird ja auch nicht verlangt, daß die Gerichtskosten unter die früher gültigen Sätze herabgesetzt, sondern nur, daß sie den letzteren einigermaßen gleichgestellt werden. Auch wird die Höhe der Gerichtskosten in zahllosen Fällen von der Klage abschrecken und damit auch die Einnahme aus der Justiz vermindern. Wir hoffen, auch die Regierung wird der Gerechtigkeit und Macht dieser Bewegung die Anerkennung nicht versagen. Es liegt hier in der That ein Nothstand vor, gegen den verhältnismäßig leicht Abhülfe zu schaffen ist.

Auf eine an den Staatssekretär des Reichs-Postamtes seitens des Ältestenkollegiums der Berliner Kaufmannschaft gerichtete, das Porto für Muster- sendungen und die Postnachnahme-Gebühr betreffende Petition, ist folgendes von der „Correspondenz der Ältesten der Kaufmannschaft“ mitgetheiltes Antwortschreiben ergangen:

„Aus dem gefälligen Schreiben der Ältesten der Kaufmannschaft vom 4. Juni habe ich mit lebhaftem Interesse ersehen, daß Wohlwollen an der Hand der gewonnenen Erfahrung nunmehr derjenigen Auffassung beigetreten sind, welche seiner Zeit bei Einführung des Einheitsportos für Waarenproben sendungen Platz gegriffen hatte. Demgemäß hat das Ältestenkollegium sich zwar für Beibehaltung des Einheitsportos ausgesprochen, dabei aber für den inneren deutschen Verkehr die Ermäßigung des Einheitsportos von 10 auf 8 Pf. in Anregung gebracht und diesen Antrag vorzugsweise damit begründet, daß der Musterverkehr alsdann eine große Steigerung erfahren, und daß solchergestalt die mit der Gebührenermäßigung verbundene Wieder-Einnahme der Postverwaltung in kurzer Zeit ausgleichend werden dürfte. Der verehrlichen Korporation beehre ich mich hierauf ergebnis zu erwidern, daß bei den großen Erschwernissen, welche für den Postdienstbetrieb nicht allein am Abgangs- und am Bestimmungsorte, sondern namentlich auch unterwegs in den räumlich beschränkten Bahnposten durch den Waarenproben-Versand erwachsen, die Postverwaltung von der Beförderung der Waarenproben gegen ermäßigtes Porto überhaupt Abstand zu nehmen haben würde, wenn die finanzielle Frage die allein maßgebende für dieselbe wäre. Es würde hiernach der Verwaltung, statt mit einer weiteren Zunahme, eher mit einer Abminderung der Zahl derartiger Sendungen gedient sein, damit ihre eigentliche Aufgabe: die Sicherstellung einer schnellen Briefbeförderung, nicht in Frage gestellt werde. Den seitens der Ältesten der Kaufmannschaft zu Gunsten einer Ermäßigung des Einheitsportos für Waarenproben geltend gemachten Gründen vermag ich demzufolge nicht beizutreten. Vielmehr komme ich nochmals darauf zurück, daß die englische Postverwaltung, welche auf die Interessen und Bedürfnisse des Handelsstandes unzweifelhaft alle irgend zulässigen Rücksichten nimmt, sich schon vor längerer Zeit veranlaßt gesehen hat, die frühere ermäßigte Taxe für Waarenproben ganz aufzuheben und diese Sendungen lediglich dem Briefporto zu unterwerfen. Bei voller Würdigung der einschlägigen Verhältnisse wird sonach nicht behauptet werden können, daß der deutsche Handelsstand durch das gegenwärtige Einheitsporto für Waarenproben irgendwie gefkört oder behindert wäre. In Betreff der zulässigen größten Ausdehnungen der Waarenproben bemerke ich ergebnis, daß die Nothwendigkeit der desfalligen Festsetzungen nach der Natur der Sache nicht wird bezweifelt werden können. Schon bei den gegenwärtigen Dimensionen sind, wie oben gesagt, die dem technischen Dienste erwachsenden Schwierigkeiten sehr bedeutend, und zwar in dem Maße, daß sich in der That nicht übersehen läßt, wie lange diese Dimensionen bei dem täglich steigenden

Produkten - Börse.

Berlin, 17. Juli. Wind: S.W. Wetter: Tropische Hitze. Weizen per 1000 Rilo loco 210-238 M. nach Qualität gefordert...

September = Oktober 24,60 Mark bezahlt, per Oktober = November 23,90 Mark bezahlt, per November = Dezember 23,60 Mark bezahlt.

Bromberg, 17. Juli 1880. Bericht der Handelskammer.

Weizen: unverändert, hellbunt 205-210, hochbunt u. glatte 210-216 abfallende Qualität 190-195 Mark.

Spiritus: pro 100 Liter à 100 pSt. 62-62,50 M. Rubelcours: 215,00 Mark.

Stettin, 17. Juli. (An der Börse.) Wetter: heiß. Temperatur + 24 Grad R. Barometer 28,5. Wind: Süden.

Weizen wenig verändert, per 1000 Rilo loco gelber 215-218 M. weicher 216-219 M., per Juli 218 M. Gb., per Juli-August 204 M.

Heutiger Landmarkt: Weizen 215-222 M., Roggen 190-198 M., Gerste 160-170 M., Hafer 169-173 M., Erbsen 270-280 M.

Berlin, 17. Juli. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten zwar fest gelautet, aber mit Rücksicht auf die überall herrschende große Luftlosigkeit wenig Anregung geboten.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 17. Juli 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their corresponding prices.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as Babilische Bank, Bf. f. Rhein u. Westf., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks including Aachen-Maestricht, Altona-Riel, Bergisch-Märkische, etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Danneberg, Deutsche Bauges., etc.

Altona-Rieler konnten als recht fest bezeichnet werden. Auch der übrige Eisenbahn-Aktienmarkt erschien gut behauptet.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as Babilische Bank, Bf. f. Rhein u. Westf., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table listing railway stocks including Aachen-Maestricht, Altona-Riel, Bergisch-Märkische, etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks such as Brauerei Pilsener, Danneberg, Deutsche Bauges., etc.

achtet, aber fest; besonders bleiben deutsche Anleihen und die Papiere der an den Staat übergegangenen Bahnen beliebt.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds such as Aach.-Maestricht, Berg.-Märkische, etc.

Anderslandische Prioritäten.

Table listing foreign railway priority bonds such as Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, etc.